

TRIBÜNE

Ein Kristallisations- europa

Gastkommentar

VON HANNS MAULL und RONJA KEMPIN

Der Brexit ist überall. In Bratislava, wo unlängst die 27 Staats- und Regierungschefs den Geist der Zusammenarbeit nach dem britischen Austrittsvotum vom Juni 2016 zelebriert haben. In jedem Mitgliedsland, wo Politik und Gesellschaft um die zukünftige Stellung in und zu Europa ringen. «Wir brauchen die EU, nicht nur, um Frieden und Demokratie zu sichern, sondern auch die Sicherheit unserer Menschen», so lautet der Geist von Bratislava. Der Wille, in Zukunft wieder gemeinsam voranzuschreiten, wird nur kurzfristig verdecken, dass die Frage, was die Mitgliedschaft in der Europäischen Union bedeutet, weiter überaus unterschiedlich beantwortet wird. Davon zeugt auch die Tatsache, dass die Gipfelbeschlüsse einmal mehr vage bleiben und die Identifizierung konkreter Massnahmen auf einen späteren Zeitpunkt vertagt wurde. Man muss kein Prophet sein, um vorauszusehen, dass die Einheit von kurzer Dauer sein wird.

Doch wie lassen sich Impulse für die Zukunft der EU gewinnen? Wie kann die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit verringert werden? Wir schlagen dazu ein europäisches Projekt vor: «Kristallisationeuropa». Mit diesem Projekt könnte eine Gruppe von Mitgliedsländern der EU dafür gewonnen werden, auf der Grundlage der bestehenden EU und der europäischen Verträge ein neues, anderes Europa aufzubauen, das zugleich weniger und mehr Europa wäre als die EU selbst, vor allem aber: anders. Kristallisationeuropa würde sich auf einen einzigen grossen Politikbereich beschränken, diesen dann aber auf der Grundlage eines eigenen Vertrags konsequent vergemeinschaften: die Aussen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, einschliesslich der Sicherung der Aussengrenzen. Dies mit einem eigenen Aussenminister mit entsprechendem Ministerium und Diplomaten, einer eigenen Verteidigungsministerin und einer europäischen Armee sowie einer supranationalen Agentur zur gemeinsamen Kontrolle der Aussengrenzen. Kristallisationeuropa müsste anders angelegt werden als die europäische Integration bisher, nämlich auf der Basis der Aufgabenteilung mit den Mitgliedstaaten anstatt gemeinsamer Zuständigkeiten. Das kristallisations-europäische Aussenministerium etwa würde sich beschränken auf bestimmte Bereiche, bei denen sich die Mitgliedsländer von vorneherein auf eine Vergemeinschaftung verständigt hätten – also beispielsweise auf die Vertretung der EU in internationalen Organisationen, auf die Entwicklung einer gemeinsamen aussenpolitischen Strategie und auf die Beziehungen zu wenigen wichtigen Ländern wie den USA, China und Russland.

Auch die diplomatischen Vertretungen im Ausland wären beschränkt auf diese wenigen Länder

und Standorte internationaler Organisationen – die EU dagegen verfügt derzeit weltweit über 139 Delegationen. Die europäische Armee wäre eine eigene, professionelle stehende Truppe mit einer begrenzten Grösse; ihre Mitglieder würden aus Staatsangehörigen der Mitgliedsländer unmittelbar rekrutiert. Ihre Funktion wäre die einer schnellen Eingreiftruppe als Instrument des Krisenmanagements, die nationalen Streitkräfte behielten ihre Zuständigkeiten im Rahmen der kollektiven Selbstverteidigung. Die zentrale Aufgabe wäre es, eine Aussen- und Sicherheitspolitik zu führen, die die Bezeichnung «gemeinsam» wirklich verdiente. Kristallisationeuropa wäre dabei als eine wirkliche Solidargemeinschaft zu begründen. Bei Licht besehen, wäre Kristallisationeuropa eine Notgemeinschaft – denn ohne eine echte Fähigkeit zu gemeinsamem aussen- und sicherheitspolitischem Handeln ist Europa über kurz oder lang zum Scheitern verurteilt.

Ein neues, kleineres Europa, das anders und zugleich mehr, aber auch weniger wäre als die alte EU und diese dazu veranlassen könnte, sich selbst grundlegend zu hinterfragen – dies könnte eine Vision für Europa sein, mit der die europäische Politik Vertrauen und Legitimität zurückgewinnen könnte.

Hanns Maull ist em. Professor für internationale Beziehungen und Aussenpolitik an der Universität Trier, **Ronja Kempin** ist Lehrbeauftragte an der Freien Universität Berlin und der Bucerius Law School in Hamburg. Die Autoren sind für die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) tätig.